

Von Ober- und Untergrenzen

Obergrenzen für Flüchtende, **Untergrenzen** für Abschiebungen, Grenzzäune, Asyl auf Zeit und Abschiebungen in den Hercules-Maschinen des Militärs: Nach Jahrzehnten des Umfallens kriecht die gesamte SPÖ auf allen Vieren nach rechts und erfüllt eine FPÖ-Forderung nach der anderen.

Seite 2

Generalstreik gegen Syriza

Am 4. Februar fand ein 24-stündiger Generalstreik in Griechenland statt – der erste größere gegen die Syriza-Regierung. Tsipras & Co. hatten im Sommer gegenüber der Troika klein beigegeben und sind nun willige Erfüllungsgehilfen bei der Umsetzung von Kürzungen. Doch die griechischen ArbeiterInnen kehren auf die Bühne zurück.

Seite 12

Schwerpunkt

Seit Silvester ist Gewalt gegen Frauen ein brennendes Thema. Doch es ist kein importiertes Problem. Frauen sind in Familie, Beruf und Gesellschaft ständig Gewalt ausgesetzt.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 246 | 03.16

Die Superreichen haben 695.000.000.000 € Her damit!

Immer Mehr denken sich „Puh, das wird mir alles zu viel“. Die Krisenstimmung verschärft sich angesichts steigender Arbeitslosen- und sinkender Wirtschaftszahlen sowie drohender Kürzungen. Das Pensionsantrittsalter soll weiter gehoben und die Pensionen gekürzt werden und somit unsere Zeit im immer schlechter bezahlten Job verlängert werden.

Die SPÖ und große Teile der Gewerkschaftsführung haben auf Rassismus und die Angriffe der Wirtschaft nicht nur keine Antworten, sie machen sogar mit. Faymann und Arbeiterkammer-Wien-Direktor Muhm wollen den Arbeitsmarkt

sicherung an, die FPÖ-VP-Regierung in Österreich will diese auf 1.500€ für Familien und auf die Grundversorgung für AsylwerberInnen deckeln.

Was als erster Schritt Flüchtlingen zugemutet wird, betrifft uns bald alle. Die österreichischen KapitalistInnen und ihre politischen Vertretungen wollen bei den knapp 500.000 Erwerbslosen kürzen, um mehr Geld für Unternehmensförderung freizuspielen. Doch das reichste 1% besitzt ein unvorstellbares und rasch wachsendes Vermögen von knapp 700



Wenn wir dem Sozialabbau die Stirn bieten, ist das der beste Kampf gegen Rassismus!

für Menschen aus Ost-Europa „einschränken“. Rassistische FPÖ-Hetze wird von der Regierung umgesetzt und gleichzeitig Angriffe auf den Sozialstaat mit der „Flüchtlingssituation“ gerechtfertigt. Die ÖVP greift massiv die Mindest-

Milliarden Euro, das WIR erarbeitet haben. Aber bei uns soll gespart werden? Hier braucht es ein klares NEIN!

Die Gewerkschaften müssen ihre Kraft zeigen und einsetzen: vier Millionen Men-

schen sind in Österreich erwerbstätig, 1,2 Millionen im ÖGB organisiert! Den Klassenkampf von oben müssen wir endlich offensiv kontern! Her mit dem Geld der Superreichen für Arbeitszeitverkürzungen und Sozialen. Das ist auch ein wich-

tiger Bestandteil im Kampf gegen Rassismus. Wenn Beschäftigte und Arbeitslose für höhere Löhne und niedrigere Mieten kämpfen, dann haben die RassistInnen nichts zu melden. Dafür brauchen wir kämpferische Gewerkschaften und eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche, deren Programm über die kapitalistische Zwangslogik hinausdenkt und -geht.

Stefan Gredler

Die SLP fordert:

- Öffentliche Investitionen in Integration, Bildung, Wohnen und Soziales, finanziert durch die Besteuerung der Reichen!
- Ein bundesweiter Aktionstag mit Großdemonstration als erster Kampfschritt der Gewerkschaften!

Der Standpunkt

von Sonja Grusch Alle, die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind, kennen den mühsamen Amtschimmel. HelferInnen verzweifeln an bürokratischen Hürden. Dass es bei diesen Hürden (z.B. bei Mindeststandards für Wohnraum) um den Schutz der Schwachen durch die Öffentliche Hand geht, darf bezweifelt werden. Der Staat hat auch Arbeitsschutzgesetze ausgehebelt, wie bei den BusfahrerInnen geschehen. Die politisch Verantwortlichen könnten einen Leitfaden mit dem Titel „Wie mach ich es, dass kaum Probleme gelöst, dafür aber alle unzufrieden sind und die extreme Rechte davon profitiert“ herausgeben.

Gefährlich ist allerdings, dass auch Teile der solidarischen Menschen sich in die Teile-und-Herrsche

Nicht Entweder-oder, sondern Sowohl-als-auch

Strategie der Regierungen einbinden lassen. Aktuelles Beispiel: Fahrkosten für Flüchtlinge. Flüchtlinge sollen sich integrieren – dazu gehört auch der Kontakt zu Menschen außerhalb der Unterkünfte. Doch selbst minderjährige Flüchtlinge, die in Schulen gehen, müssen teilweise monatelang auf Fahrtscheine warten und werden quasi zum Schwarzfahren gezwungen. Die Lösung: Nulltarif für Flüchtlinge. Ein guter Gedanke, doch einer, der zu kurz greift. Warum nur für Flüchtlinge? Armut findet sich nicht nur bei Flüchtlingen. Die staatliche Unterstützung, um mobil zu bleiben, also die Öffis benützen zu können, ist auch für „Hiesige“ beschränkt. Mobilität ist für viele Menschen eine Geldfrage. Mal ganz abgesehen vom Aspekt der Ökologie: je billiger die Öffentlichen Verkehrsmittel sind, umso mehr Menschen benützen sie auch.

Nulltarif ist eine gute Sache und gehört umgesetzt – und zwar für alle! Es ist keine Geldfrage, es ist eine politische Frage, ob man bereit ist, das Geld der Reichen zu nehmen, um es für die Allgemeinheit einzusetzen. Wenn man aber das Geld der einen Armen nimmt, um es für die anderen Armen zu verwenden, dann legt man die Schienen für Straches Direktverbindung ins Kanzleramt.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Flüchtlinge?!

Mein Geld bekommen die nicht, holt's euch doch von der Sozialhilfe!



Von Ober- und Untergrenzen

Konfrontiert mit hunderttausenden Flüchtenden, die Schutz vor Krieg, Not und Elend suchen, beschleunigt die SPÖ ihren Rechtsruck.

Die SPÖ-Rechte setzt diesen Kurs gegen die rein moralische Kritik eines „linken Flügels“ (der in der Praxis nicht existiert) problemlos

den wirklichen Verantwortlichen abzulenkten.

Wir als SozialistInnen greifen die Debatte um Ober- und Untergrenzen gerne auf: Wie wär's mit Untergrenzen für Löhne (für 266.000 „Working Poor“), Mindestsicherung (die eine Armutsfalle ist) und sozialen Wohnbau? Das ließe sich gut ergänzen durch Obergrenzen für Mieten (verschlingen 1/3 und mehr des Einkommens), Arbeitszeit (30h sind genug!), Arbeitslosigkeit (liegt bei über 10%) und Vermögen (1% besitzt fast 500 Milliarden)!

Die SPÖ steht im Kampf um solche Forderungen längst auf der Seite unserer GegnerInnen. Höchste Zeit, eine neue ArbeiterInnenpartei aufzubauen!

Flo Klabacher

„Mein allerrechtster Platz ist frei – da wünsch' ich mir als Scharfmacher Doskozil herbei...“

Gemeinsam mit der ÖVP setzt sie Stück für Stück das Programm der FPÖ um: „Asyl auf Zeit“ schafft das Asylrecht ab. Grenzzäune sollen den Wunsch ans Christkind „Obergrenzen für Flüchtlinge“ untermauern. Um die „Untergrenzen für Abschiebungen“ erfüllbar zu machen, wird die Liste sicherer Herkunftsländer erweitert (ohne reale Grundlage).

durch. Scharfmacher und Neo-Verteidigungsminister Doskozil, der in Militärflugzeugen massenweise abschieben will, ist Ausdruck davon.

Freilich werden härtere Maßnahmen gegen Flüchtende kein einziges soziales Problem lösen. Die Debatte darum wird von Medien, Regierung, FPÖ und Nazis gezielt gepusht, um von

Der SPÖ-Rechtsruck stärkt FPÖ: Von Schmiedl & Schmied

Die rassistische Politik der SPÖ soll von der eigenen Verantwortung für soziale Probleme ablenken. Die SPÖ verliert WählerInnen, weil sie eben keine Politik für die sozial Schwachen, die ArbeiterInnen, sondern für die Reichen und Unternehmen macht. Also denkt sie „taktisch“: Die FPÖ gewinnt mit rechter Hetze – also will die SPÖ ihren WählerInnen zeigen, dass sie „eh auch rechte Politik machen kann“, um sie nicht zu verlieren.

Nicht schlau! Alle Wahlen der letzten Jahre und aktuelle Umfragen zeigen: Wer Rassismus will wählt die Profis dafür, die FPÖ.

Zusätzlich treibt die SPÖ mit dieser Politik die ganze Gesellschaft weiter nach rechts. Sie macht Rassismus salonfähig und setzt ihn um. Mit Folgen auch an der SPÖ-Basis, die heute weitgehend aus Funktionären besteht: 2/3 unterstützen die Politik der Führung.



Moral reicht nicht – Klassenstandpunkt ist nötig!

Die FPÖ wird nicht in erster Linie wegen ihres Rassismus gewählt. Sondern weil sie als Protestpartei auftritt und soziale Probleme anspricht. Umgekehrt ist ein Hauptproblem der meisten österreichischen Linken, dass sie sich auf Appelle an die Menschlichkeit beschränken. Das führt so weit, dass die Umleitung von Geldern aus z.B. Sozial- oder Bildungsbe- reich für die Flüchtlingshilfe gerechtfertigt wird.

Dieser Ansatz ist falsch, weil er „ÖsterreicherInnen“ und Flüchtlinge gegeneinander ausspielt und so die Argumente der Rechten untermauert. Wir müssen klar machen: Es ist genug Geld für alle da. Es liegt in den Händen einer superreichen Minderheit. Nötig sind Bewegungen für Umverteilung von oben nach unten, also Klassenkampf. Basisinitiativen und ein Bruch des ÖGB mit der SPÖ sind dringend nötig.



Wiener Neustadt ist nur der Anfang

Im Jänner 2015 kam in Wiener Neustadt eine neue Regierung aus ÖVP, FPÖ, Grünen und zwei Bürgerlisten an die Macht. Die SPÖ ver-

kredite aufgenommen. Man wettete auf den Kurs des Schweizer Franken und verlor. Jetzt weint die Partei Krokodilstränen über

soll überprüft werden, ob die Stadt den „Budgetpfad“ auch einhält. Genauso hat man es die letzten Jahre mit Griechenland gemacht. Ge-

schlossenen Stabilitäts-pakt einhalten. Das bedeutet: Alle Gemeinden, jedes Bundesland und der Bund dürfen keine Schulden mehr machen. Spätestens dann kommt Wiener Neustädter Kahlschlag auch in den Rest Österreichs.

In Wiener Neustadt sehen wir schwarz-blau in Aktion. Die selbst ernannte „soziale Heimatpartei“ FPÖ entpuppt sich als Katastrophe für die Bevölkerung. Es gilt, jetzt gegen den Sozialkahl-schlag aufzustehen, um das in Wiener Neustadt und im Rest des Landes zurückzuschlagen!Innen vorstellen und diskutieren, gefolgt von Betriebs-versammlungen und weiteren Kampfmaßnahmen.

Christian Bunke

Stadtregierung kündigt „das größte kommunale Sanierungsprojekt der 2. Republik“ an.

lor hoch. Dann der Knall: Die Banken forderten von der Stadt bis März 2016 die Vorlage eines Sparpaketes zur Tilgung von 18 Millionen Schulden. Ansonsten drohten sie mit einem sofortigen Zahlungsstopp von Krediten an die Stadt. Dann hätten keine Gehälter für Gemeindebedienstete mehr ausgezahlt werden können.

In den Jahren zuvor hatte die örtliche SPÖ über die „Kommunalkredit Austria AG“ Fremdwährungs-

die geplanten Kürzungen – diese seien „unsozial“. Stimmt! Aber: „Auch wir würden einsparen,“ sagen die SPlerInnen. Viel anders wäre es unter den Sozialdemokraten also auch nicht.

Die Menschen in Wiener Neustadt sollen für die Fehler der Politik und die Profite der Banken blechen. Aus den 18 Millionen Budgetschulden soll noch in diesem Jahr ein Budgetüberschuss von 400.000 Euro werden. Jeden Monat

nau wie in Griechenland stehen jetzt Jobs, Existenzen und soziale Infrastruktur auf dem Spiel.

Auffällig ist das Schweigen von ÖGB, Einzelgewerkschaften und Arbeiterkammer. Kein Mucks! Dabei wird die Stadt zum Testfall für die Durchsetzbarkeit massiver Sparmaßnahmen. Denn 2017 müssen alle österreichischen Gemeinden den 2012 vom Nationalrat be-

Brutale Kürzungen auf allen Ebenen

Die Kommunalkredit ist eine der Gläubigerbanken von Wiener Neustadt. Sie hat bis 2013 Kredite an Gemeinden in ganz Europa vergeben. Und sie hat sich verspekuliert. 2008 wurde sie verstaatlicht, weil sie sonst Pleite gegangen wäre. 2009 wurden 1,5 Milliarden Euro als Verlust abgeschrieben – bezahlt von den SteuerzahlerInnen! 2012 ging sie wieder fast Pleite, man hatte sich in Zypern verspekuliert.

Die Stadtregierung versteckt das Ausmaß der Kürzungen hinter „gute-Laune-Nachrichten“. So kommt 2019 die niederösterreichische Landesausstellung nach Wiener Neustadt. Doch unter den Magistratsangestellten herrscht ein Klima der Angst. Kein Wunder: Die städtische Gärtnerei und die Gast-ro werden geschlossen, 3,5 Millionen Euro sollen beim Personal gespart werden. Viele werden ihren Job verlieren.

Seit den Wahlen ist in Wiener Neustadt die FPÖ für die Jugendarbeit zuständig. Mit dem Sparpaket zeigt sie, was sie von Jugendlichen hält – nichts! Der städtische Jugendbeauftragte wird abgeschafft. Der Jugendtreff UVZ muss schließen. Das Triebwerk, ein Konzert- und Veranstaltungsraum für junge Menschen, sieht seine Existenz gefährdet. Die große Mehrheit aller Jugendprojekte wird eingestellt.

PensionistInnen sind Opfer der Sparpolitik. Das städtische Wohnheim für PensionistInnen soll privatisiert werden. Der Gesundheitspfleger wird eingespart. Essen auf Rädern wird teurer. Zwei Seniorenclubs werden geschlossen. Projekten für die Gesundheitsförderung werden die Mittel gekürzt. Und beim Integrationsreferat wird ebenfalls gekürzt – während gleichzeitig gegen Asylsuchende kampagnisiert wird.

Der rechte Rand

Angesichts der Flüchtlingskrise in der EU zeigt sich momentan deutlich wie lange nicht mehr: Es ist das Kleinbürgertum, das rassistischer und faschistischer Ideologie die Stichworte gibt. In Deutschland hat sich mit der AfD eine neue große Partei der autoritär-rassistischen KleinbürgerInnen etabliert. Auch in Österreich werden die Stimmen lauter. Beispielhaft ist der Wiener Arzt Thomas Unden, der mit seiner Weigerung, Flüchtlinge zu behandeln, in die Schlagzeilen geriet und in einem bizarren social media-Auftritt seine frische Popularität für eine Bundespräsidentenchaftskandidatur nutzen will. Oder der Linzer Anwalt Klaus Burgholzer, der sich weigert, ausländische Angeklagte zu vertreten. Begründung: „Moralische Gründe und Gründe der Ideologie – ich bin politisch rechtsorientiert, also volkstreu und heimat-treu.“ 1994 war Burgholzer zum Obmann des rechtsextremen Witikobundes gewählt worden.

Exzentrische rechts-extreme Figuren hat es immer wieder gegeben. Die Veränderung besteht darin, dass ihre Ansichten nach Jahren von blauer Hetze, staatlichem Rassismus und vor dem Hintergrund der Krise, nicht mehr so exzentrisch wirken und mit wachsender Billigung, besonders aus kleinbürgerlichen Kreisen, rechnen können. In einer Zeit, in der einmal als linksliberal geltende Blätter wie „profil“ und „Falter“ mit rassistischen Covern Stimmung machen, die man früher von FPÖ-Kampagnen gewohnt war, sind die absonderlichsten rechtsextremen Vorstellungen in der gesellschaftlichen Mitte angekommen.

Fabian Lehr

JungärztInnen traten am 12. Jänner das erste Mal seit 40 Jahren in einen englandweiten Streik. Am 10. Februar folgte der zweite 24-Stunden Streik. Es geht darum, angekündigte Veränderungen in den Arbeitsverträgen aufzuhalten. Die Regierung plant noch längere Arbeitszeiten für ÄrztInnen (bis zu 72 Stunden pro Woche). Ausgelaugte ÄrztInnen sind kranke ÄrztInnen und auch für die Sicherheit von PatientInnen ist das ein Risiko. 97% der JungärztInnen haben für die Streikaktionen gestimmt – das zeigt die Wut und die Ablehnung der „Reformen“.

Die konservative Regierung setzt auf Sozi-

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

alabbau, Privatisierung und gewerkschaftsfeindliche Gesetze. Dagegen ist es wichtig, den Widerstand auszubreiten. Gewerkschaften, PatientInnen etc. müssen sich in die Bewegung einbinden. PflegerInnen in Ausbildung gehen hier mit gutem Beispiel voran. In Solidarität mit den Kämpfenden stießen sie am Tag des Streikes zu den Streikpostenketten. Solidarische Unterstützung kam auch aus anderen Bereichen. In Royal Stoke brachte die Feuerwehr Essen und Getränke zu den Kundgebungen der Streikenden. Joe C., Ex-Minenarbeiter, der sich an den Streiks 1984/85 beteiligte, kam mit seiner ganzen Familie. Die Streikposten in Leicester, aber auch in dutzenden anderen Städten, wurden solidarisch von AktivistInnen der Socialist Party (Schwesterorganisation der SLP) unterstützt, vorbeifahrende Busse und Autos hupten, um Solidarität zu zeigen. So geht streiken!

Nikita Tarasov



Schneller! Länger! Immer mehr!

Seit Anfang des Jahres gilt dWenn Politik und Wirtschaft wieder mal anfangen, den Wirtschafts-

müssen) aber lange Zeit rückläufig, bzw. sind in den letzten Jahren maximal stagniert.

beitsdruck und -intensität erhöht. Auch in anderen Bereichen steigt das Tempo: Vor allem die Pflege leidet ständig unter Ressourcenmangel, was weniger und schlechtere individuelle Betreuung bedeutet und nebenbei das Personal ins Burnout treibt. In vielen Bereichen gibt es Leistungssysteme, die aus den Beschäftigten noch mehr herausholen sollen. Viele davon werten nicht individuelle, sondern Gruppenleistungen, damit sich die Beschäftigten zusätzlich noch gegenseitig unter Druck setzen.

Der ÖGB hat auf den ständig steigenden Arbeitsdruck keine Antworten. Die jährlichen Lohnerhöhungen sind bestenfalls ein Inflationsausgleich, aber keine

Antwort auf die steigenden Belastungen. Die Unternehmen fordern, dass wir länger und flexibler arbeiten – Stichwort: 12-Stunden-Tag. Die einzige Antwort kann für uns nur eine drastische Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich sein. Die Gewerkschaft muss dieses Thema endlich offensiv in Angriff nehmen. Durch eine breite und kämpferische Kampagne, die Arbeitslose und Erwerbstätige zusammenfasst, kann echte Arbeitszeitverkürzung erkämpft werden. Außerdem wäre eine solche Kampagne eine gute Schulung für Zusammenhalt und Solidarität, die wir in kommenden Kämpfen noch brauchen werden.

Thomas Hauer

*Arbeitszeit verkürzen =
Lebenszeit verlängern!
Nein zu immer mehr Stress!*

standort zu sichern, dann wissen die Meisten schon, was als nächstes kommt: schneller, länger und immer mehr arbeiten. Weil die Kosten für Arbeit im internationalen Vergleich angeblich zu hoch sind. Tatsächlich waren die Lohnstückkosten (Kosten, die für die Herstellung eines Produktes bzw. eine zu erledigende Arbeit aufgewendet werden

Was uns von diesem Kampf um den Wirtschaftsstandort bleibt, sind Krankheit durch immer mehr Arbeit und eine Vernichtung von Arbeitsplätzen durch immer mehr Einsparungen. In der Produktion werden durch verschiedene Schichtmodelle Stillstände (=Atempausen) vermieden und durch schnellere Maschinen die Produktivität und gleichzeitig Ar-

Oberösterreich: Kürzungen im Sozialbereich - Halber Kampf = keine Wirkung.



Die oberösterreichische Landesregierung kündigte 2015 an, die Mittel für den Psychosozialbereich um 25 Millionen Euro zu kürzen. Das hätte katastrophale Folgen für Beschäftigte und KlientInnen im ohnehin unterbesetzten Behinderten-, Obdachlosen- und Psychosozialbereich.

Kämpferische Demonstrationen mit tausenden TeilnehmerInnen waren die Folge. Anstatt die Kampfbereitschaft zu nützen und die gesamte Kür-

zung zurückzuschlagen, gab sich die Gewerkschaft mit Kürzungen von 17 Millionen zufrieden. Der faule Kompromiss wurde als „Erfolg“ verkauft. Rasch war klar, dass die Vereinbarung nichts wert war. Leute werden entlassen und die neue Regierung fühlt sich wohl an den Kompromiss nicht gebunden. Hätte die Gewerkschaft letztes Jahr Stärke gezeigt, wären Unternehmen und Regierung jetzt weniger frech.

Seit dem miesen Kollektivvertragsabschluss von 1,4% kommt es heuer zu erneuten Protesten im Sozialbereich. „Sozial aber nicht Blöd“, CareRevolution und andere Initiativen sind aktiv. Diesmal dürfen wir nicht nach einem faulen Kompromiss aufhören, sondern müssen weiterkämpfen, bis die Kürzungen insgesamt zurückgenommen werden und mehr Geld für den Sozialbereich zur Verfügung steht.

Lisa Wawra

Antifaschismus österreichweit!

Im Jänner und im Februar fanden in ganz Österreich mehrere rechtsextreme Bälle statt, gegen die es in Linz, Graz und Wien wie jedes Jahr Proteste gab. Die SLP hat sich an all diesen Demonstrationen mit lauten und kämpferischen Blöcken beteiligt. In Kampagnen mobilisierten wir für die jeweilige Demonstration schon Wochen davor.

In Graz organisierten wir bis zu drei Kundgebungen pro Woche. Dabei wurden zahlreiche Zeitungen verkauft und viele Flyer verteilt. Der Höhepunkt war ein Aktionstag der „Offensive gegen Rechts – Steiermark“, den die SLP maßgeblich mitgestaltete und wo wir viele Reden hielten. Auch in Wien waren wir wochenlang auf der Straße aktiv, vor allem in der Brigittenau. Dort, in einem der ärmsten Bezirke in Wien, startete unsere Demonstration am 29.1. dann auch. Denn genau dort leben die Menschen, die von der Kürzungspolitik, die auch die FPÖ mitträgt, betroffen sind. Menschen aus dem Bezirk, linke Fußballfans, Jugendliche und MigrantInnen demonstrierten gemeinsam. In Linz fanden mehrere Kundgebungen am Taubenmarkt statt. Es gab auch Flyer-Verteilaktionen vor Schulen und Einkaufszentren, so wie „Beislouren“ durch lin-

ke Lokale. In Graz, Linz und auch in Wien arbeiteten wir in antifaschistischen Bündnissen, um die Demonstrationen zu organisieren. Doch legen wir viel Wert darauf, dass diese Bündnisse nicht zu innerlinken Debattier-Clubs werden, sondern dass der Schwerpunkt der Arbeit bei der Mobilisierung und der Einbindung von Unorganisierten liegt.

In allen drei Städten machten wir in unseren Kampagnen darauf aufmerksam, dass nicht Flüchtlinge an den sozialen Problemen, mit denen sich immer mehr Menschen konfrontiert sehen, schuld sind, sondern eine reiche Elite, die sich auch auf den rechtsextremen Bällen finden lässt. Auf einem unserer Flyer in Linz schrieben wir: „Wir müssen gemeinsam gegen die Rechten kämpfen, anstatt uns gegeneinander ausspielen zu lassen!“ Aber dieser Kampf gegen Rechtsextremismus endet für uns nicht im Februar. In Linz z.B. machten wir mehrere erfolgreiche Aktionen gegen Kundgebungen von Rechtsextremen (zu denen u.a. die Identitären aufgerufen hatten). Werde auch du mit uns aktiv: österreichweit und das ganze Jahr über tun wir was gegen Rassismus, Sexismus und Sozialabbau.

Nicolas Prettnner



Demo gegen Bildungsreform

Am 2. Februar veranstaltete die „Bildungsinitiative Oberösterreich“ Proteste gegen als Reformen getarnte Kürzungen. Auch einige SchülerInnen

Wie am Flugblatt der SLP beschrieben, ist die neue „Gesamtschule“ ein halbherziges Projekt, an dem nur 15 % der Schulen eines Bundeslandes

fassende Demokratisierung der Schule und die Umsetzung einer echten Gesamtschule. Um das zu erreichen, wird es nötig sein, eine Kampag-

In Linz wurde für mehr Geld, Mitbestimmung und eine echte Gesamtschule auf die Straße gegangen.

nen der SLP-Linz beteiligten sich an der Demo, die vom Volksgarten über die Landstraße ging und vorm Landhaus mit einer Kundgebung endete. Demonstriert wurde gegen die vermeintliche „Bildungsreform“, welche die weitere Ausbreitung der, sowieso schon stark ausgeprägten, sozialen Unterschiede nur noch weiter vorantreibt.

teilnehmen dürfen. Diese bekommen aber keine zusätzlichen Geldmittel. Stattdessen wird die „Schulautonomie“ forciert. So wird die finanzielle Verantwortung auf die einzelnen Schulen übertragen und durch Sponsoring ein Schritt in Richtung Privatisierung gegangen. Die Demo forderte eine ausreichende Finanzierung, eine um-

ne zu starten, welche sowohl SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen miteinbezieht. Dafür sollten auch Komitees an den einzelnen Schulen aufgebaut werden. Das nächste Vernetzungstreffen am 15. März könnte ein Ansatz für so eine Bewegung sein. Sicher ist, dass der Kampf weiter geht.

Celina Brandstötter,
Schülerin

SLP-Führung 12. Februar



Albert Kropf leitete die Stadtführung in Wien 20 über den Widerstand im Jahr 1934 gegen die faschistische Diktatur. Sie begann am Engelsplatz. Als die Aufstände in Linz starteten, war dort die Lage ruhig, da es keine Kommunikation nach Oberösterreich gab. Die Heimwehr besetzte alle Donaubrücken. Als in Floridsdorf die Aufstände ausbrachen, schwammen ArbeiterInnen durch die eiskalte Donau, um den Schutzbündlern dort beistehen zu können.

Am Goethehof gab es heftigen Widerstand gegen die Heimwehr, die den Bau sogar durch Kampfflugzeuge beschießen ließ.

Die dritte Station war der Höchstädtplatz beim Hrdlička-Denkmal. Beim von der KPÖ gestifteten Mahnmal „Den Opfern und Kämpfern“, beschäftigten wir uns mit der Rolle der KP in den Februartkämpfen. Anschließend gab es im SLP-Büro Lieder über die Februartkämpfe zu hören.

Helmut Swoboda

Termin des Monats



8. März: Nicht mit mir!

Unter dem Motto „Nein zu Gewalt gegen Frauen – Nein zu Rassismus!“ organisiert die SLP am Internationalen Frauentag eine Demonstration. Weil Gewalt gegen Frauen allgegenwärtig ist. Weil wir Rassismus genauso zurückweisen wie Sexismus. Weil wir gemeinsam – Frauen&Männer, In- und AusländerInnen, Jung&Alt – demonstrieren wollen.

8. März um 16⁰⁰ Uhr, Wallensteinplatz, Wien 20
Die Demo führt zur traditionellen Frauentemonstration.

„Mission erfüllt: Wir haben ihn“ – so die mexikanischen Behörden nach Festnahme von Joaquín „El Chapo“ Guzmán, dem bekanntesten Drogenkartellboss Mexikos. Er selbst stammt aus einer sehr armen Familie. Sein Kartell zählt zu den größten Verbrecherorganisationen der Welt. Seit den 1980ern verdiente er Millionen durch Drogenschmuggel, Schutzgelderpressung, Menschenhandel und ähnlich ekelhafte Geschäfte. Hollywoodreif floh er mehrmals mit Hilfe von korruptem Personal aus Hochsicherheitsgefängnissen.

Die gewaltigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme Mexikos sowie die damit verbundene

Rote Seitenblicke

Korruption ermöglichten ihm erst den Aufstieg. Heute kontrollieren sie praktisch Teile im Norden des Landes. Dort herrscht neben dem Gewaltmonopol des Staats auch das der Kartelle – in beiden Fällen werden die Menschen brutal beherrscht und ausgebeutet. Der „Krieg gegen Drogen“, forderte seit 2005 weit über 70.000 zivile Opfer. Die Ärmsten werden von Staat und Kartellen als Söldner verdingt, um sich gegenseitig zu erschießen. Der brutale und menschenverachtende Staat hat den brutalen und menschenverachtenden Kartellboss El Chapo zu einer Art Star werden lassen – eine „vom Tellerwäscher zum Millionär“ Geschichte, bloß mit Kokaïn und Auftragsmorden. Doch die HeldInnen der mexikanischen Revolution mit ihrem Kampf gegen imperialistische Bevormundung und Großgrundbesitzer und mit den durchgeführten Verstaatlichungen sind die besseren Vorbilder im Kampf gegen schwerreiche Industrielle, korrupte Beamte und Drogenbosse.

Jens Knoll



Die Linke in Hollywood

In den letzten Jahren haben eine ganze Reihe von Linken in Hollywood ihre politischen Einstellungen in ihren Filmen verwirklicht und versucht, ein kriti-

Guevara. Und das, obwohl er wusste, dass er damit kein Geld verdienen würde.

In der jüngeren Vergangenheit konnte man ei-

„District 9“ und „Elysium“ waren kritisch gegenüber der herrschenden Einwanderungspolitik und der Klassengesellschaft.

innen haben die aktuellen Oscarnominierungen gezeigt, wo Hollywood nach wie vor steht. Viele Menschen protestieren mit dem Hashtag #OscarsSoWhite gegen die Oscars, um aufzuzeigen, dass nun das zweite Jahr in Folge keine farbigen SchauspielerInnen für die Oscars nominiert wurden. Im Kapitalismus wird die Kunst der SchauspielerInnen und RegisseurInnen von der Notwendigkeit Profite zu machen kontrolliert. Erst wenn auch die Kunst sich in einer Gesellschaft ohne Profitorientierung wirklich entfalten kann und demokratisch kontrolliert wird, werden wir wirklich freie Filme ohne künstlerische Einschränkungen sehen.

Brettos

Systemkritische Filme aus Hollywood – ist die Filmindustrie nach links gegangen?

scheres Bild des Kapitalismus, der USA und ihrer Außenpolitik wiederzugeben. Auf der einen Seite gibt es bereits etablierte Linke in Hollywood wie Sean Penn und Susan Sarandon, die sich bereits sehr prominent gegen Kriege und George W. Bush stellten. Nach mehreren erfolgreichen Filmen produzierte Steven Soderbergh 2008 eine Filmbiografie über Ernesto „Che“

nen Trend von Filmen beobachten, die sowohl kritisch als auch finanziell erfolgreich waren. „The Hunger Games“ und andere Filme haben versucht, Klassenunterschiede und die Notwendigkeit die Gesellschaft zu verändern, aufzuzeigen. Einige der besten linken Filme der letzten Jahre sind vom südafrikanischen Regisseur Neil Blomkamp gekommen. Seine Filme wie

Dieser Trend reflektiert die wachsende Wut und das politische Bewusstsein rund um Ungleichheit, Rassismus und die Zerstörung der Umwelt. Im Kern ist Hollywood trotzdem eine Profitmaschine. Welche Botschaften erlaubt sind wird letztlich von den finanziellen Interessen der Produktionsfirmen vorgegeben. Sogar in der Frage der Repräsentation der Darsteller-

Leistungssport ist unsportlich

Es ist nicht zu bestreiten, dass sportliche Betätigung Gefahren birgt. Unterm Strich führt Breitensport jedoch eindeutig zu gesundheitlichen Vorteilen. Doch die Häufung schwerwiegender Verletzungen im „Leistungssport“ zeugt vom Wahnsinn, der infolge kapitalistischer Bedingungen die Sportwelt dominiert.

Der Skispringer Lukas Müller muss seine kurze Karriere mit zwei gebrochenen Halswirbeln beenden. Die Leichtath-

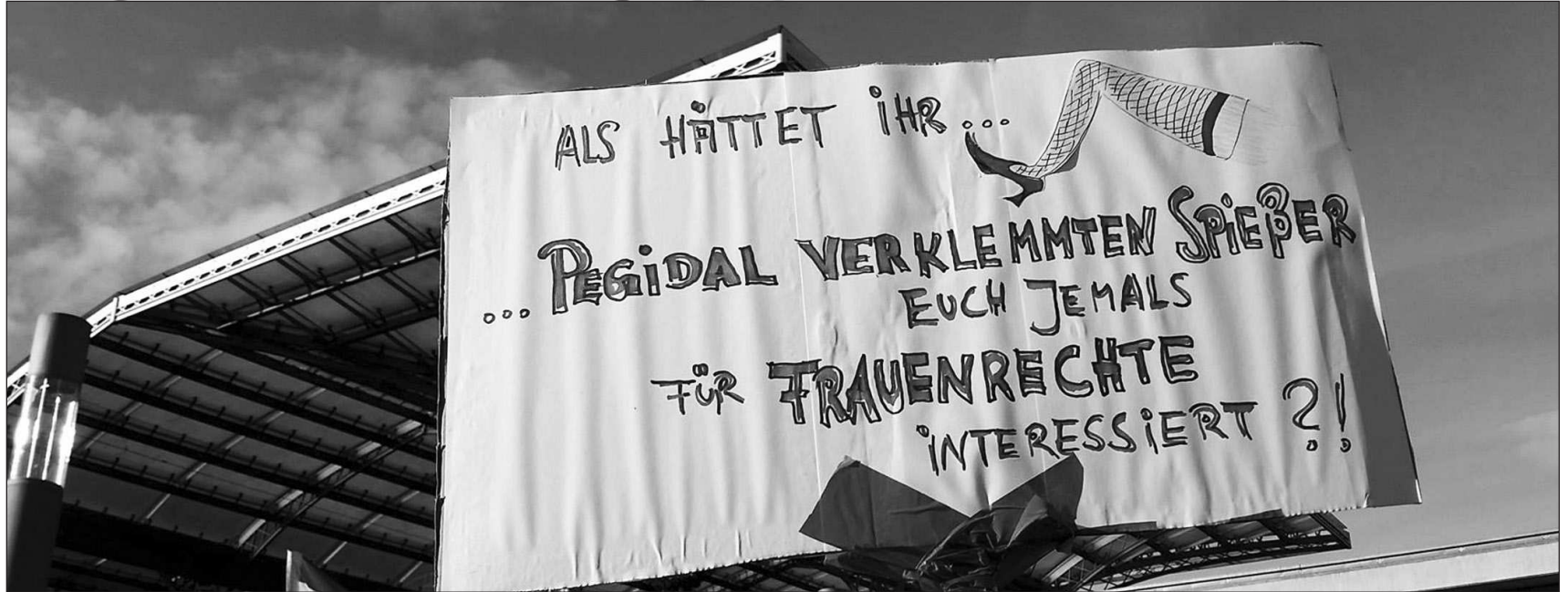
letin Kira Grünberg erleidet im Training eine Querschnittslähmung. Für ihre Rehabilitation muss mittels Spendenhomepage geworben werden. Der wirtschaftliche Druck nimmt auch auf SportlerInnen zu. Offensichtlich fordert der Markt von den AthletInnen die Aufgabe jeglicher Vernunft. Steigen die Einschaltquoten und Werbeeinnahmen, wenn die Chance besteht, möglicherweise tödliche Unfälle mitzuerleben? Bei

der Sturzburgie in Kitzbühel waren wir schon dicht dran.

Die kommerzielle Verwertung erzwingt nichts weniger als den generellen Verlust von Sportlichkeit. Dabei wird das postulierte Ziel, dass der/die „Beste“ infolge maximaler Anstrengungen gewinnt, ins Lächerliche gezogen: so gewinnt den Ski-Gesamtweltcup nicht der/die Beste, sondern wer am ehesten Knochen und Sehnen beisammen hält.

Franz Neuhold





NEIN zu Gewalt gegen Frauen

Die Silversternacht in Köln sorgt für viel Aufmerksamkeit in den Medien. Das Gute: Endlich wird über Gewalt gegen Frauen geredet. Das Schlechte: Selbsternannte Frauenschützer beginnen eine ekelhafte Hetzkampagne gegen Flüchtlinge, wie es sich FPÖ & Co. schon lange wünschen. Gerade konservative bis rechtsextreme Leute spielen

Mutter sehen, spielen sich nun als Beschützer vor dem "großen, bösen, fremden Mann" auf.

Dabei wird komplett außer Acht gelassen, dass 75% der Frauen in Österreich schon sexuelle Belästigung erlebt haben, ein Drittel sexuelle Gewalt und davon fast die Hälfte aus dem Bekanntenkreis und 25 % durch den eigenen Partner.

griffe auf Frauen gibt. Warum Frauen nach wie vor im Durchschnitt 30% weniger als Männer verdienen. Und warum sexuelle Belästigung nach wie vor als Kavaliersdelikt oder sogar als „Kompliment“ gesehen wird.

Denn sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist keine Sache der Religion oder der Kultur, sondern sie ist

Scheuer rührt die Werbetrommel für „ein sofortiges Ende des Aufenthalts in Deutschland“, Team Stronach Klubobmann Luger gibt sich angesichts von „tausenden jungen Männer“ besorgt. Vor wenigen Monaten noch sprach sich Markus Franz (damals Team Stronach, heute ÖVP) fürs „Po-grapschen“ aus und erhielt dafür auch Rückendeckung aus der Partei. So zu tun, als ob sexualisierte Gewalt gegen Frauen importiert wäre, geht am Erleben von Frauen vorbei, die in Familie, Schule, Ausbildung, Job und beim Fortgehen ständig mit Gewalt und Übergriffen konfrontiert sind. FPÖ-Generalsekretär Kickl meint, dass sich unter den „Zuwanderern auch einige befänden, die Frauen offenbar als Freiwild sehen“. Unter den Zuwanderern gibt es aber auch viele Frauen, die Opfer von (sexualisierter) Gewalt sind. Und Freiwild sind Frauen auch durch „hiesige“ Männer, wie die Berichte bei #aufschrei zei-

gen. Und es war auch die FPÖ, die sich gegen den Paragraphen gegen das "Po-Grapschen" auf die Hinterbeine gestellt hat.

Das alles zeigt, dass es für die neuen „Frauenshützer“ nichts zu meckern gibt, wenn sich weiße Männer an Frauen vergehen. Aber sobald es jemand mit einer anderen Hautfarbe/Religion tut, fühlen sie sich um ihren Besitz betrogen.

Die Übergriffe in Köln sind ein Verbrechen ohne wenn und aber und stellen einen neuen traurigen Höhepunkt im alltäglichen Normalzustand dar! Wir kämpfen gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt egal woher die Täter kommen. Und wir kämpfen mit unseren ausländischen KollegInnen gemeinsam für soziale Verbesserungen, höhere Löhne und gegen ein System, das Sexismus und Rassismus erzeugt.

Sarah Krenn

Nach den Ereignissen der Kölner Silvesternacht: Sind FPÖ & Co. jetzt die neuen Feministen?

sich nun als die Verteidiger von Frauenrechten auf. Was sehr absurd ist! Denn es sind doch genau diese Kräfte, die Frauen tagtäglich das Recht auf den eigenen Körper absprechen, die Frauenhäuser verbieten wollen (weil sie angeblich der Ehe schaden) und uns zurück an Herd und Kinder fesseln wollen. Und genau diese Leute, die uns sonst als Sexobjekt oder

Das Feindbild vom triebgesteuerten frauenfeindlichen Moslem, welches Medien und die neuen Frauenverteidiger verbreiten wollen, hat nur wenig mit "Frauen schützen" zu tun. Wer Übergriffe auf Frauen verhindern will, muss bei der Frage beginnen, warum es auch in unserer christlich-abendländischen Gesellschaft so viele Über-

ein Auswuchs der kapitalistischen Gesellschaft (und vorheriger Klassengesellschaften), in der wir leben. Der Politik, die dringend nach einem Instrument gesucht hat, um die Stimmung gegen Flüchtlinge anzuheizen, um Zustimmung zu ihrer Abschiebepolitik zu bekommen, reagiert auch prompt. CSU-Generalsekretär Andreas

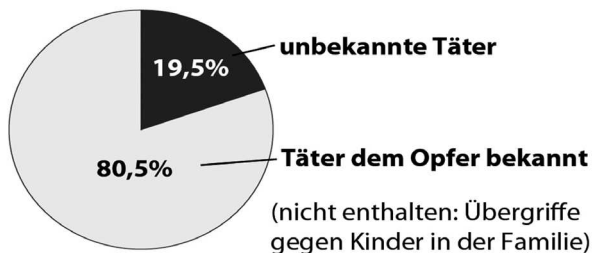
Gewalt gegen Frauen



74% aller Frauen wurden schon sexuell belästigt.



29,5% aller Frauen haben bereits sexuelle Gewalt erfahren.



Grafik: SH © SLP 2016

Zahlen und Fakten zur Gewalt gegen Frauen

- **Sexuelle Gewalt** gegen Frauen stellt ein massives Problem dar – auch in Österreich. Eine Studie des Österreichischen Institutes für Familienforschung von 2011 liefert schockierende Zahlen: drei Viertel waren schon einmal sexueller Belästigung ausgesetzt. Beinahe jede dritte Frau hat bereits eine (versuchte) Vergewaltigung durchstehen müssen oder wurde sexuell genötigt. 7% wurden vergewaltigt.
- **Gerade bei Vergewaltigungen** ist die Dunkelziffer gewaltig. Von 100 vergewaltigten Frauen erstatten nur neun Anzeige. Selbst wenn es zum Prozess kommt, gibt es meist keine Konsequenzen. Laut Justizministerium wurden 2013 von 920 mutmaßlichen Vergewaltigern nur 104 verurteilt – die Verurteilungsquote liegt deutlich unter anderen Gewaltverbrechen.
- **Erst seit 2004** wird in Österreich Vergewaltigung in der Ehe strafrechtlich verfolgt. Nicht nur daran zeigt sich, wie etabliert Gewalt und Besitzanspruch über die Frau immer noch ist: Züchtigung in der Ehe wurde bereits vor einem Jahrhundert verboten. Dennoch war jede vierte Frau in Österreich schon einmal Gewalt durch einen Partner ausgesetzt. 2005 verurteilte das UNO-Frauenrechtskomitee Österreich, da die Behörden gefährdete Frauen nicht schützen – was in zumindest zwei Fällen zur Ermordung der Betroffenen führte.
- **Im Gegensatz** zu den Behauptungen der Rechten existiert kein Zusammenhang zwischen Einwanderung und Sexualstraftaten. Während in Deutschland zwischen 2010 und 2013 die Einwanderung stieg, stagnierte die Zahl der Vergewaltigungen. Stark betroffen sind aber migrantische Frauen von Zwangsprostitution und Menschenhandel.
- **Laut der WHO** wurde weltweit jede dritte Frau schon einmal sexuell misshandelt. Ca. 140 Millionen Frauen und Mädchen sind die Opfer von Genitalverstümmelung. Weltweit werden mehr als 10% aller Mädchen vor dem 20. Lebensjahr Opfer von sexueller Belästigung oder sogar Vergewaltigung.

Manuel Schwaiger

Gewalt gegen Frauen ist allgegenwärtig

Gewalt ist laut WHO für Frauen das größte Gesundheitsrisiko weltweit. Sie kann viele verschiedene Formen annehmen und ist teilweise nur für die Betroffenen sichtbar und spürbar. Oft ist strukturelle Gewalt auch für die Opfer nicht erkennbar, da

le, wo politisch einflussreiche oder reiche Männer ihre Macht über „Weinköniginnen“, Sekretärinnen etc. ausnutzen. Auch wenn oft keine körperliche Gewalt im Spiel ist, so wird hier doch die Moral der Mächtigen ersichtlich, die die prekäre Lage von

ihre Mehrfachunterdrückung als Teil der unterdrückten Klasse, der ArbeiterInnenklasse, UND als Frau. Das zeigt sich u.a. daran, dass Frauen auch im Jahr 2015 durchschnittlich noch immer 23 % weniger als Männer verdienen und Frauen öfter prekäre Jobs haben. Ebenso ist die höchste Armutsrate unter Pensionistinnen zu finden.

Mit den Ereignissen von Köln trat in letzter Zeit vor allem eine Form sexualisierte Gewalt ins Rampenlicht. Doch wie damit umgegangen wird dient auch dazu, die anderen Formen von Gewalt gegen Frauen klein zu reden.

Für viele Frauen ist ein Gefühl der Unsicherheit allgegenwärtig. Oft suchen Frauen, die auf der Straße oder in der Familie belästigt bzw. missbraucht werden, die Schuld bei sich selbst. Bei der gedanklichen Formulierung der Frage: „Ist mein Ausschnitt zu groß und mein Rock zu kurz?“ hat sich wahrscheinlich schon jede Frau einmal ertappt. Und anstatt auf strukturelle Unterdrückung und Alltagssexismus einzugehen und die Ursachen zu ergründen, verfallen Viele in die Argumentation, dass die „richtige“ Prävention vor Übergriffen wäre, dass sich Frauen passend kleiden sollten. Auch der Wiener Polizeipräsident Pürstl stieß mit seinem Kommentar zu Köln auf heftige Kritik: „Frauen sollten nachts generell in Begleitung unterwegs sein, Angst-Räume meiden und in Lokalen keine Getränke

Gewalt gegen Frauen ist ein Problem,...

sich Frauen mit ihrer unterdrückten Stellung abgefunden und identifiziert haben. Körperliche und sexualisierte Gewalt wie Schläge, Tritte, Vergewaltigungen etc. sind die sichtbarsten Formen, die auch in der Gesellschaft mehrheitlich als Problem anerkannt und verurteilt werden.

Psychische und ökonomische (wirtschaftliche und soziale) Gewalt hingegen wird oft verharmlost oder gar nicht erkannt. Dabei ist Stalking oder die verbale Herabwürdigung von Frauen in Form von Belästigungen, Bedrohungen usw. besonders im Internetzeitalter immer sichtbarer.

Ökonomische Gewaltausübung liegt vor, wenn ein Mensch die Abhängigkeit eines anderen Menschen ausnützt. Bis zu 50% aller Frauen sind von sexuellen Übergriffen am Arbeitsplatz betroffen. „Wie bei einer Fleischschau“ fühlen sich viele Beschäftigte der Gastronomie und Vorgesetzte nutzen ihre Macht meist ungestraft. Zahlreich auch die Beispiele

Frauen ausnutzen, um ihre eigene Macht zu demonstrieren und sich selbst einen Ego-Schub zu verpassen.

Frauen sind auch besonders von struktureller Gewalt betroffen. Strukturelle Gewalt bedeutet, dass Bedürfnisse nicht befriedigt werden können, obwohl es eigentlich möglich wäre. Also z.B. wenn Menschen Ressourcen, die vorhanden sind, vorenthalten werden, weil sie Frauen sind. In den verschiedenen Klassengesellschaften – von der Sklaverei über den Feudalismus bis zum Kapitalismus – wurde stets die Mehrheit zugunsten der Minderheit benachteiligt. Doch der Kapitalismus ist erstmals eine Überflusgesellschaft, niemand müsste also mehr zu wenig von den notwendigen Dingen haben. Wenn Menschen weniger Zugang zu Bildung, Wohnen, Gesundheit etc. haben als nötig und möglich, dann ist das auch eine Form der Gewalt, weil es die Lebensqualität und -dauer reduziert. Die meisten Frauen sind dieser strukturellen Gewalt besonders ausgesetzt, durch



von Fremden annehmen.“ Anstatt zu überlegen, wie (sexualisierte) Gewalt verhindert werden kann, erteilt auch er lieber Verhaltensrichtlinien an Frauen.

Auf die mediale Debatte rund um #aufschrei, unter dem Frauen von ihren täglichen Erfahrungen mit Sexismus und Gewalt berichteten, veröffentlichte die reaktionäre Antifeministin Birgit Kelle das Buch „Dann mach doch die Bluse zu“. Sie tut so, als ob Frauen durch ihren Kleidungsstil oder ihr Verhalten selbst schuld an Übergriffen wären („Victim Blaming“).

... dessen Ursache in der Klassengesellschaft liegt.

Diese Argumentation ist falsch. Kelle & Co. stempeln Männer allgemein als Täter ab, die sich nicht im Griff haben könnten, wenn Frauen zum Beispiel einen größeren Ausschnitt tragen, und die unfähig wären, auf eine Frau, die sie interessant finden, auf Augenhöhe zuzugehen. Doch sexualisierte Gewalt ist nicht die „natürliche“ Folge des männlichen Sexualverhaltens oder das nicht im Zaum halten Können der Sexualtriebe. Sexualisierte Gewalt bedeutet Machtausübung und hat mit Sex nichts zu tun. Der einzelne Täter ist ein Täter, doch wer bei der Analyse auf dieser individuellen Ebene bleibt, leugnet, dass Menschen das Ergebnis ihrer Umgebung und ihrer – meist nicht freiwillig gewählten

– Stellung in der Gesellschaft sind.

Die fatale Logik des Victim Blaming (Täter-Opfer-Umkehr) ignoriert die gesellschaftlichen Systemstrukturen, die das Handeln bestimmter Gruppen beeinflussen. Durch die seit Jahrtausenden existierenden Klassengesellschaften hat sich die Unterdrückung auch gesellschaftlich verankert. „Seine“ Frau zu züchtigen oder „die Ware zu prüfen“ oder „dass Frauen Technik halt nicht verstehen“ erscheint darum „normal“.

Wer versucht, Sexismus

und Gewalt mit der Einteilung von Menschen aufgrund ihres Verhaltens in „gut“ und „böse“ zu erklären und andere Faktoren ausblendet, wird scheitern. Um Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, muss die Wurzel des Problems erkannt werden. Es ist natürlich absurd und bezeichnend für den Sexismus der bürgerlichen Gesellschaft, dass Sexualstraftäter selten und wenig bestraft werden. Hohe Strafen alleine werden das Problem aber nicht lösen, weil die Ursachen ignoriert werden. Und es ist auch keine Frage der Religion, der Kultur oder der Herkunft, weil Frauen in allen Teilen der Welt Opfer von (sexualisierter) Gewalt werden.

Gerade in einer wirtschaftlich schwierigen

Lage ist es für Frauen noch schwieriger, Sicherheit zu bekommen. Frauen sind finanziell oft abhängig von Partner bzw. Familie, nur prekär beschäftigt und werden vom Staat viel zu wenig unterstützt. Es muss möglich sein, dass alle Kinder Krippenplätze, Betreuung usw. bekommen, um Frauen mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen. Es gibt viel zu wenig freie Stellen in Frauenhäusern, viel zu wenig gute betreute Wohneinrichtungen für Jugendliche und kaum leistbare Wohnungen. Arbeitslosigkeit und Lohn- und Druck verstärkt die Unsicherheit auf allen Ebenen. Viele Frauen und Mädchen müssen daher bei einem gewalttätigen Mann/Vater in „versteckter Obdachlosigkeit“ bleiben. Die Familie stellt tatsächlich den gefährlichsten Ort für Frauen dar. Sicherheit gibt es nur mit mehr (finanzieller) Unabhängigkeit.

Das Thema Gewalt gegen Frauen wird langsam enttabuisiert. Überlassen wir es nicht den Rechten, die es instrumentalisieren, um rassistische Hetze gegenüber MigrantInnen und Geflüchteten zu schüren und gleichzeitig von der ständigen strukturellen, sozialen und politischen Gewalt gegen Frauen abzulenken. Es braucht einen breiten Kampf für die Gleichberechtigung aller, um die Probleme an der Wurzel zu packen. Denn das Problem ist nicht der böse schwarze Mann, sondern der Kapitalismus.

Theresa Reimer



Marx aktuell

Friedrich Engels analysierte 1884 in „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ die Entstehung der Klassengesellschaft, basierend auf den Forschungen von Lewis H. Morgan über die Iroquois. Die Iroquois waren eine Gesellschaft, in der es (noch) keine Klassen gab, kein Privateigentum und deswegen keine strukturelle Unterdrückung der Frau. Der marxistische Archäologe Gordon Childe (Man makes Himself, 1936) bestätigte diese Theorien. Seine Forschungen prägten den Begriff der „neolithischen Revolution“: Als Gesellschaften durch verbesserte Kulturtechniken in der Lage waren, ständig mehr als unmittelbar zum Überleben nötig war zu erzeugen, entstanden privilegierte Schichten, die nicht am unmittelbaren Produktionsprozess teilnahmen. Es wurde wichtig, die Privilegien zu vererben – und

Weder "gottgewollt" noch biologisch erklärbar

somit die Sexualität der Frau zu kontrollieren.

Wo der Staat die Ungleichheit auf gesellschaftlicher Ebene festschrieb, tat die Ehe dies auf der privaten. Erbschaft wurde nun über die väterliche Linie weitergegeben – Engels bezeichnet dies als die „historische Niederlage der Frau“. Gerda Lerner, US-amerikanische Kommunistin und Pionierin der Frauengeschichte, schreibt dazu: *„Die sexuelle Unterordnung der Frauen wurde in den frühesten Rechtsordnungen institutionalisiert und mit allen dem Staat zur Verfügung stehenden Mitteln durchgesetzt. Die Kooperation der Frauen in diesem System wurde auf verschiedene Art sichergestellt: durch Anwenden von Gewalt, durch ökonomische Abhängigkeit vom männlichen Familienoberhaupt, durch das Gewähren von klassenspezifischen Privilegien für sich anpassende und abhängige Frauen der Oberschichten und durch die künstlich-willkürliche Unterteilung der Frauen in respektable und nichtrespektable Frauen.“* (Die Entstehung des Patriarchats, 1991)

Frauenunterdrückung ist also mit der Klassengesellschaft entstanden und kann nur mit ihr komplett abgeschafft werden. Dies versuchten die Bolschewiki nach 1917. Sie ergriffen sofort weitreichende Maßnahmen zu Befreiung der Frau, die sie als unverzichtbaren Teil des Aufbaus des Sozialismus begriffen. „Kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung, keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus!“ war die Parole der Bolschewikin und Begründerin des internationalen Frauenkampftags, Clara Zetkin. Auch Alexandra Kollontai und Nadeshda Krupskaja waren unermüdliche VorkämpferInnen. Sieben Wochen nach der Revolution wurde die kirchliche Ehe als Institution abgeschafft, Scheidung radikal erleichtert und uneheliche Kinder legalisiert. Vergewaltigung in der Ehe wurde strafbar – in Österreich dauerte das bis 2004. Die Bolschewiki wussten, dass nicht nur der Staat absterben muss, um die klassenlose Gesellschaft aufzubauen, sondern auch die klassische Familie. Denn diese reproduziert, wie der marxistische Psychologe Wilhelm Reich darlegte, die Ideologie der Klassengesellschaft schon durch ihre Struktur (Die Sexualität im Kulturkampf, 1936). Inessa Armand, Vorsitzende des Frauenflügels der Bolschewiki, verkündete: „Solange die alten Formen der Familie, des häuslichen Lebens und der Kindererziehung nicht abgeschafft sind, wird es unmöglich sein, Ausbeutung und Versklavung abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen“.

Sebastian Kugler



Gemeinsam gegen Gewalt gegen Frauen und Rassismus

Gewalt gegen Frauen ist kein neues Phänomen. Wenn eine besonders schlimme Tat bekannt wird, geht ein Aufschrei durch die Medien. Doch die Taten der PolitikerInnen beschränken sich auf Pressekonferenzen, Studien bzw. Tagungen. Ihre Lösungen ignorieren die gesellschaftlichen Ursachen von (sexualisierter) Gewalt

gen. Nur wenn man diese Wurzeln versteht, können Maßnahmen gesetzt werden, die wirklich greifen.

Da geht es unmittelbar darum, betroffene Frauen zu schützen. Dafür braucht es u.a. besser beleuchtete Straßen, mehr Frauenhäuser, billigere Wohnungen und kostenlose rund-um-die-Uhr Öffis. Doch die glei-

to Newsgirl Boxing Club hat zu Recht viel Sympathie erhalten, als sie klar-machten, dass sie schlagkräftig gegen die Vergewaltigungsfantasien von Daryrush Valizedeh, alias Roosh V vorgehen werden.

Da geht es aber auch darum, das traditionelle Frauen- und Familienbild aufzubrechen. Die „Lö-

organisiert euch“ war der Aufruf, organisiert euch in den Schulen und Unis, in den Nachbarschaften... Die Forderungen richten sich auch ganz zentral an die Gewerkschaften. Ein höherer Mindestlohn und öffentlicher Wohnbau, um die Mieten zu senken sind zentrale Forderungen, um Frauen die Möglichkeit zu geben, eine gewalttätige Partnerschaft zu verlassen und selbstbestimmt zu leben.

In Brasilien kämpft u.a. die „Kämpferische Frauenbewegung“ (MML) als Teil der Gewerkschaftslinken gegen Gewalt an Frauen. Das Thema brennt, nimmt die Gewalt doch auch mit der sich vertiefenden sozialen Krise zu. Zwar steht mit Dilma eine Frau an der Spitze der Regierung, doch nicht nur, dass Abtreibung sogar bei Vergewaltigung noch weiter erschwert worden ist, fehlt auch Geld. Eine Forderung ist daher, dass 1% des BIP für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen eingesetzt werden muss. Es wurden weit über 15.000 Unterschriften gesammelt, 2.300 Frauen, darunter viele Betriebsrätinnen und Gewerkschafterinnen kamen zusammen und es gab verschiedenste Aktivitäten.

In Britannien ist die Kampagne gegen häusliche Gewalt (CADV) seit 1991 aktiv und hat erreicht, dass alle wichtigen Gewerkschaften das Thema aufgegriffen und damit auch Bewusstsein geschaffen haben. Das hat nicht nur dazu geführt, dass sich die rechtliche Situation für Frauen verbessert hat, sondern es wurde auch für mehr Geld gekämpft, um Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind, zu helfen.

Gewalt gegen Frauen entsteht in dem gewalttätigen System, in dem Menschenrechte nur theoretisch existieren – dem Kapitalismus. Eine erfolgreiche Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen muss mit den Protesten gegen soziale Ungerechtigkeiten verbunden werden und die Klassengesellschaft, die ja dahinter steht, in Frage stellen. Sozialismus beendet Gewalt gegen Frauen nicht automatisch. Aber die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen legt erstmals in der Menschheitsgeschichte die Grundlage für die Abschaffung der Gewalt gegen Frauen.

Sonja Grusch

Sexismus und Gewalt gegen Frauen sind gesellschaftliche Probleme – individuelle Lösungen reichen nicht!

und machen letztlich sogar die Opfer verantwortlich. Die andere Seite dieser Individualisierung des Problems sind die Hardliner, die „Kastration“, „Todesstrafe“ oder ähnliches für Vergewaltiger etc. fordern. Es ist nachvollziehbar, wenn sich eine betroffene Frau eine solche Bestrafung ihres Peinigers wünscht. Doch verhindert nichts davon weitere Gewalt. Weil es bei Vergewaltigung nicht in erster Linie um Sex, sondern v.a. um Macht geht, weil auch hier die gesellschaftlichen Ursachen nicht aufgegriffen werden. Es geht nicht um Verständnis für den Täter, sondern darum zu verstehen, wo die Wurzeln sexualisierter Gewalt lie-

chen. Nur wenn man diese Wurzeln versteht, können Maßnahmen gesetzt werden, die wirklich greifen. Da geht es unmittelbar darum, betroffene Frauen zu schützen. Dafür braucht es u.a. besser beleuchtete Straßen, mehr Frauenhäuser, billigere Wohnungen und kostenlose rund-um-die-Uhr Öffis. Doch die glei-

chen PolitikerInnen, die betroffen über die Gewalt gegen Frauen sind, kürzen bei den „Ermessensausgaben“ und damit bei verschiedenen Fraueneinrichtungen, insbesondere Frauenhäusern, in denen Opfer häuslicher Gewalt unterkommen. Da geht es weiters um Verteidigung. Selbstverteidigung als fixer Bestandteil des Turnunterrichtes kann Mädchen helfen, sich zur Wehr zu setzen. Doch „Banden bilden“ reicht nicht aus. Klar ist es cool, wenn die Gulabi Gang (Frauen in rosa Saris) in Indien ihrem Kampf gegen Gewalt an Frauen auch handfest mit Schlagstöcken Nachdruck verleiht. Der Toron-

sungen“ der herrschenden Politik ignorieren den größten Gefahrenbereich für Frauen völlig, nämlich die Familie, und verschlimmern die Situation von Frauen durch ihre Gesamtpolitik sogar noch. In einer Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen in Israel/Palästina wurde der Slogan „Sozialabbau und Privatisierung ist Gewalt gegen Frauen“ gerade von jungen Frauen als Schlachtruf aufgenommen. Palästinenserinnen und Jüdinnen protestierten gemeinsam. Denn die aktuellen Kürzungsmaßnahmen der Regierung treffen auch jene NGOs, die versuchen Gewaltopfern zu helfen. „Mädchen und Frauen –

Jugendrevolte in Tunesien

VORWÄRTS sprach mit Cedric Gerome, Aktivist des CWI und aktiv in Tunesien über die jüngsten Proteste in Tunesien.

Vorwärts: Was ist der Hintergrund der Proteste?

Cedric: Trotz des Sturzes des Regimes von Ben Ali ist die soziale Situation von Jugendlichen katastrophal, oft sogar schlimmer als vorher. Am 17.1. beging Ridha Yahyaoui, ein Jugendlicher der jahrelang einen Job gesucht hat, aus Verzweiflung Selbstmord. Darauf folgten spontane Proteste von Jugendlichen. Kasserine ist eine der ärmsten Gegenden Tunesiens, die Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch wie im Rest des Landes. Deswegen kommt es oft zu Selbstmorden, vor allem von Jugendlichen.

Das erinnert an die Ereignisse von 2010...

Genau. 2010 trat der Selbstmord eines jungen Mannes, Mohammed Bouazizi, die erste Revolution los. Schon damals war die Jugendarbeitslosigkeit ein brennendes Problem, und daran hat sich nichts geändert. Auch diesmal schickte die Regierung sofort die Armee, doch das fach-

te die Proteste nur an. Die Revolte breitete sich schnell in 18 von 26 Provinzen aus. Die Regierung schreckte zurück und feuerte den Provinzvorsteher, doch die Bewegung breitet sich unter der Parole "Jobs oder eine neue Revolution" aus.

Seit der ersten Revolution hat das CWI AktivistInnen in Tunesien. Was schlagen sie vor, um die Bewegung zum Erfolg zu bringen?

Das Wichtigste ist, dass die organisierte ArbeiterInnenbewegung jetzt den Kampf aufnimmt. Als ersten Schritt haben wir für einen regionalen Generalstreik in Kasserine argumentiert und diese Idee in Schulen und Fabriken verbreitet. Unser Statement wurde von Jugendlichen und GewerkschafterInnen aufgenommen und verbreitet. Auch die Jugendorganisation, deren Mitglied Ridha war, unterstützte unsere Erklärung. 70 MilliardärInnen besitzen das 37-fache des gesamten Regierungsbudgets. Das Geld ist also da, doch es muss von den Jugendlichen und ArbeiterInnen erkämpft werden. Es braucht eine echte soziale Revolution.



Jung und Flüchtling...

Flucht ist teuer: viele Familien entscheiden sich daher, minderjährige erhalten einen gewissen Schutz,

Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen helfen hilft allen!

nur ihre Kinder „in Sicherheit“ zu schicken. Andere verlieren ihre Angehörigen im Chaos der Flucht. Viele Kinder&Jugendliche kommen allein und sind oft besonders traumatisiert.

Ca. 1.300 unbegleitete Minderjährige lebten im August 2015 in dafür vorgesehenen Einrichtungen, 2.500 aber in Massenunterkünften. Allein in Traiskirchen schliefen damals schon ca. 1.000 im Frei-

en. Minderjährige erhalten einen gewissen Schutz,

daher sind sie bei den Behörden unbeliebt. Am Anfang steht oft eine „Altersbestimmung“, die aber als völlig beliebig kritisiert wird. So werden Flüchtlinge wohl älter gerechnet, um sie leichter abschieben zu können.

Was passieren kann, wenn Minderjährige alleine gelassen werden, zeigt die jüngere österreichische Geschichte mit Kindern unter staatlicher Aufsicht:

Generationen wurden nur gelagert, oft missbraucht und nicht gefördert. Das Ergebnis sind gebrochene Menschen mit großen Problemen im Alltag und erhöhter Wahrscheinlichkeit zur Kriminalität.

Wenn SPÖVP bald die angekündigten Kürzungen bei z.B. Schulen durchziehen gilt es, Flüchtlinge in den Widerstand einzubeziehen. Statt Flüchtlingsklassen brauchen wir gemeinsamen Unterricht, aber eben mit mehr Personal, um alle ordentlich unterstützen zu können. Was wir brauchen, ist ein gemeinsamer Kampf für unser aller Zukunft!

Tilman M. Ruster

Keine Marie, keine Bildung



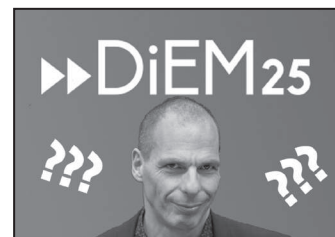
Viele Universitäten in Österreich führen ab Herbst für die neuen Aufnahmeprüfungen in diversen Studienrichtungen Gebühren von 50 oder mehr Euro ein. Das ist eine absurde Antwort auf Kürzungen im Bildungsbereich. Das Geld, welches den Bildungseinrichtungen vom Staat vorzuenthalten wird, soll nun bei zukünftigen Studierenden genommen werden. Kinder aus ArbeiterInnenfamilien müssen schon jetzt während des Studiums arbei-

ten, um sich ernähren und die Miete zahlen zu können. Hier wird das vertieft, was immer schon Realität in diesem Land ist: Bildungsvererbung. Das dürfen wir nicht mehr hinnehmen. Wir fordern von der ÖH und Gewerkschaft eine Kampagne gegen Studiengebühren und Aufnahmegebühren. In der Bildung darf nicht gespart werden! Holen wir uns nicht das Geld bei Studierenden, sondern bei den Reichen!

Simon P. Salzmann

Vollkoffer des Monats

Yanis Varoufakis, Schauspieler



Yanis Varoufakis hat mit anderen „Links“-Promis wie Slavoj Žižek „DiEM25“ gegründet – eine „Bewegung“, die bis 2025 irgendwas mit Demokratie will. Das Ganze spielt sich intellektuell auf Theaterbühnen ab und hat mit echtem Kampf gegen das EU-Spardiktat nichts zu tun. Der muss nämlich von unten aufgebaut werden!



Griechenland: Generalstreik gegen Syriza-Kürzungen

Die Tsipras-Regierung hatte im Sommer gegenüber der Troika klein beigegeben und ist nun williger Erfüllungshilfe bei der Umsetzung von Kürzungen. Die soziale Situation ist bereits schlimm und die Kürzungen verschlimmern die Situation weiter. Ein Teil des von der Troika verordneten Sparprogramms sind scharfe Pensionskürzungen. Dagegen richtete sich der Generalstreik in erster Linie. Der Streik war von den Ge-

ckaden und Besetzungen durch die BäuerInnen, die auch unter den Angriffen, konkret höheren Sozialversicherungsbeiträgen, leiden.

Xekinima, CWI in Griechenland, schreibt über den Generalstreik und die nötigen weiteren Schritte: "Zum ersten Mal seit dem Regierungsantritt von Syriza wendet sich ein breiter Teil der Bevölkerung gegen sie. Der Generalstreik am 4. Februar war

wie Athen und Thessaloniki. In manchen Fällen waren sie die größten Demonstrationen seit Jahrzehnten.

Der 4. Februar darf nicht das Ende der Streikaktionen sein. Üblicherweise passiert genau das nach eintägigen Generalstreiks – die Gewerkschaftsführung mobilisiert nicht weiter. Diesmal muss es vielmehr der Beginn einer ordentlichen Massenmobilisierung sein.

– begonnen werden muss damit überall dort, wo ArbeiterInnen gekündigt, über Monate nicht bezahlt wurden oder wo ihre Rechte angegriffen werden.

Solch eine Bewegung wird die Jugendlichen mobilisieren, die in den vergangenen Streikbewegungen weniger involviert waren, und kann zu Besetzungen der Schulen und Universitäten führen.

Die Streiks und Besetzungen müssen gut organisiert werden, es braucht eine Diskussion in den Betrieben. Die ArbeiterInnen müssen erkennen, dass es einen Plan gibt, sowie Entschlossenheit und Aussicht auf Erfolg. Es ist nötig, dass sie Aktionskomitees wählen, die für den Erfolg dieser Mobilisierungen kämpfen.

Die Frage ist, wer die Initiative für einen solchen koordinierten Plan ergreifen kann. Die Stimmung unter den ArbeiterInnen, BäuerInnen und Armen ist mehr als bereit für ein koordiniertes Vorgehen. Aber die Führung der Bewegung hatte nicht vor, ihn zu entwickeln. Unter anderen Bedingungen wäre dieser Mobilisierungsauftrag an die Gesellschaft Aufgabe der Gewerkschaften. Aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass diese korrupte Gewerkschaftsführung irgendetwas für eine Koordinierung und Planung des Kampfes gegen die

Politik der Troika und ihre Vollstrecker (PASOK, ND und nun Syriza) tun wird. Die Verantwortung für eine Koordinierung dieser Bewegungen bleibt der Linken, oder zumindest jenem Teil der Linken, der gegen die Sparpolitik und das verantwortliche System kämpfen will."

Xekinima steht für eine Zusammenarbeit genau dieser Linken, die allerdings zutiefst gespalten ist. Die Hauptverantwortung dafür liegt bei der KKE (KP in Griechenland), die sich weigert, mit irgendwelchen anderen Kräften zusammenzuarbeiten. LAE ("Volksfront"), die aus dem Widerstand gegen die Kapitulation Syrizas entstanden ist, ist es nicht gelungen, das Protestpotential aufzugreifen. Sie ist zwar gegen den Euro, aber erklärt nicht, was die Alternative sein muss: Ein radikaler Bruch mit dem kapitalistischen System, um eine echte sozialistische Alternative aufbauen zu können. Sonst wird wieder die ArbeiterInnenklasse bezahlen. Es ist nötig, eine Massenpartei aufzubauen, die den Protest auf Basis eines sozialistischen Programms bündeln kann, um den Kämpfen Richtung und Perspektive zu geben.

Eleni Mitsou,

Xekinima,

www.xekinima.org

4. Februar: Der 24-stündige Generalstreik in Griechenland war der erste größere gegen die Regierung der Syriza.

werkschaften des Privaten (GSEE) und Öffentlichen Sektors (Adedy) getragen. Fast alle Berufsgruppen beteiligten sich. Ministerien, Gerichte, Schulen, Krankenhäuser, Häfen und der Verkehr wurden bestreikt. Der Streik ist ein kräftiges Lebenszeichen der griechischen ArbeiterInnenklasse, die sich nun auch gegen Kürzungen einer angeblich linken Regierung wendet. Das ist umso beachtlicher, wenn man sich die Tragweite des Verrats durch Syriza bewusst macht, die noch vor einem Jahr so viele Hoffnungen auf sich vereint hatte. Begleitet wurde der Streik von Blo-

erfolgreich, wenn auch nicht so groß wie die großen Generalstreiks 2010–12. Er reflektierte die Wut vieler Schichten der Gesellschaft – ArbeiterInnen, BäuerInnen, Arbeitslose, Jugendliche etc. – die von den neuen Kürzungsmaßnahmen von Troika und Syriza-Regierung getroffen werden.

Das wichtigste Merkmal des Generalstreiks waren die Massendemonstrationen, die auf lokaler Ebene in vielen Städten stattfanden. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung waren diese regionalen Demonstrationen viel größer als jene in den großen Städten

Wenn wir eine neue Niederlage vermeiden wollen, müssen alle Schichten der Gesellschaft ihren Kampf koordinieren. Das muss auf Basis eines Plans passieren, der folgendes beinhaltet:

- 1) den Aufruf zu einem weiteren 24-stündigen Generalstreik innerhalb der nächsten Woche
- 2) den Aufruf zu einem 48-stündigen Generalstreik innerhalb der nächsten 20 Tage
- 3) Die Streiks müssen mit den Blockaden der BäuerInnen und der Besetzung der Betriebe im öffentlichen und privaten Sektor verbunden werden

Ausholen für den Klassenkampf

Zum elftenmal fand im Jänner der Weltkongress des CWI (Komitee für eine ArbeiterInnen Internationale) statt, dessen österreichische Sektion die SLP ist. Über 130 SozialistInnen berichteten aus den Klassenkämpfen ihrer Länder und erarbeiteten Perspektiven für die Weltwirtschaft und -Politik.

Wir leben in extrem unruhigen Zeiten: Die Krise ist nicht vorbei und vor allem das Straucheln der chinesischen Wirtschaft könnte verheerende Auswirkungen haben. Schon jetzt werden vor allem Länder hart getroffen, die stark von Rohstoffexporten abhängig sind. Brasilien befindet sich in der schlimmsten Rezession seit Jahrzehnten und in Nigeria werden die Gehälter von öffentlich Bediensteten nicht mehr ausgezahlt.

So wird auch die politische Krise des Kapitalismus verstärkt: Sowohl linke bzw. sozialistische aber eben auch rechte Ideen haben Zulauf. Das US-Establishment steht z.B. vor einem großen Problem: die von ihm gewünschten KandidatInnen bei den Präsidentschafts-Vorwahlen schneiden schlecht ab, weil der Sozialist Sanders riesige Menschenmassen begeistert und bei den Republikanern der wirre Rassist Trump Erfolg feiert.

Die EU steckt in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Jedoch nicht „nur“ aus wirtschaftlichen Gründen, sondern aufgrund der Flüchtlingskrise. AktivistInnen aus Griechenland, Schweden, Österreich und Deutschland berichteten über die beeindruckende Solidarität, die Zehntausende gegenüber Flüchtlingen gezeigt haben und zeigen. Aber auch die Methoden der Regierungen, um Flüchtlinge von ihren Ländern fernzuhalten werden brutaler und rechte Gruppen haben Zulauf, wo die Linke keine Antworten gibt.

Eine eigene Diskussion widmete sich dem Kampf für Frauenrechte. Hier kam die enorme Erfahrung von CWI-Sektionen wie z.B. Brasilien oder Irland zur Geltung. Teil der Diskussion waren auch die Hindernisse, die Frauen in vielen Ländern überwinden müssen, um überhaupt politisch aktiv zu sein. Die beschlossenen Dokumente sind auf slp.at zu finden. Sie haben die Aufgabe, die Sektionen des CWI auf ihre Rolle in den kommenden Klassenkämpfen vorzubereiten. Gut gerüstet mit Analysen und Programmen werden wir unser Bestes geben, um die kommenden Klassenkämpfe mit sozialistischen Ideen zu stärken!

Christoph Glaninger



Repressionswelle in China

VORWÄRTS: Wie hat sich der Charakter des Regimes in letzter Zeit geändert?

Jacko: Das Diktatormodell hat sich unter Xi Xin-

Warum werden all diese Maßnahmen jetzt vorgenommen?

China befindet sich de facto in einer Rezessi-

weigerlich wachsenden Klassenkämpfe vor.

Wen trifft die Repression und was ist notwendig, um sie zurückzuschlagen?

Viele ArbeiterInnen-AktivistInnen sind betroffen. Oft sind sie Teil sogenannter "Labour-NGOs", die ArbeiterInnen in Kämpfen beraten, aber keine politische Perspektive bieten können oder wollen. Sie wollen die Konfrontation mit dem Regime vermeiden, aber geraten trotzdem ins Visier, da sie als Gefahr gesehen werden. Es braucht aber mehr als Beratung. Als nächsten Schritt braucht es den Aufbau unabhängiger Gewerkschaften, die die Kämpfe organisieren und verbinden können.

VORWÄRTS sprach mit Jacko vom CWI in Hong Kong über die zunehmende Repression.

ping weg von einer kollektiven, hin zu einer persönlichen Diktatur entwickelt. Er kontrolliert nun alles. Von der Außen- und Wirtschaftspolitik über Armee und Geheimpolizei bis zur Parteiorganisation. Unter dem Deckmantel einer "Anti-Korruptionskampagne" hat er sich seiner RivalInnen in der Partei entledigt.

on. Die Überkapazitäten erdrücken die Wirtschaft, die Unternehmen sind nicht mehr profitabel. Es werden viele Fabriken geschlossen, Löhne werden nicht gezahlt. Das führt zu Widerstand von ArbeiterInnen. Die Zahl der Streiks hat sich im letzten Jahr auf 2700 verdoppelt. Das Regime bereitet sich auf die un-

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Britannien: Undercover-Cops

Die **Socialist Party** (CWI in England & Wales) wurde einmal mehr von einer Spezialeinheit der Polizei infiltriert. Wie auch bereits in den 80ern bei Militant und den 90ern in „Jugend gegen Rassismus“ versuchte das „Metropolitan Police's Special Demonstration Squad“ – was genau heraus zu finden? Die Ortsgruppen des CWI sind öffentlich, in unseren Artikeln und Reden erläutern wir stets unsere Ziele.

Wir fordern eine unabhängige Untersuchung von GewerkschafterInnen und VertreterInnen der antifaschistischen Organisationen, welche selbst Opfer der Bespitzelung wurden. Eine derartige Kampagne muss sich auch mit der Rolle einer Polizei auseinandersetzen, welche demokratische, transparente, linke Organisationen ausspioniert, während die Rechten immer gefährlicher werden.

www.socialistparty.org.uk

Pakistan: Brutale Repression

Seit Dezember 2015 protestieren und streiken die MitarbeiterInnen der „Pakistan International Airlines“ gegen die von der Regierung geplante Privatisierung der Fluggesellschaft. Die PIA-Beschäftigten haben eine kämpferische Tradition und sind der Regierung lästig. Es gelang ihnen, die Privatisierung vorerst um sechs Monate zu verschieben.

Doch die Regierung hetzte paramilitärische Einheiten und die Polizei

auf die Streikenden. Diese töteten vier Arbeiter, verletzten acht weitere und vier GewerkschaftsführerInnen sind verschwunden. Doch anstatt den Willen der Gewerkschaften zu brechen, stärkte die Repression die Bewegung und vergrößerte sie sogar. Das Socialist Movement Pakistan (CWI in Pakistan), welches aktiver Teil des Streiks ist, ruft auf zu Einheit und Solidaritätsstreiks.

www.socialistpakistan.org

Irland

In **Ballymena** kam es Anfang Februar zur ersten Demonstration gegen Jobverlust seit 30 Jahren. Bis zu 2.000 Stellen sollen der Schließung der Michelinfabrik und einer Zigarettenfabrik zum Opfer fallen. Die Gewerkschaft Unite organisierte den Protest, der erst der Anfang ist. Die Socialist Party (CWI in Nordirland) fordert u.a. die Verstaatlichung der Firmen, um die Jobs zu retten.

www.socialistpartyini.net



Selbstverteidigung gegen Bürgerwehren

Wer unsere Sicherheit tatsächlich gefährdet und wie wir uns schützen können.

Dass sich Menschen unsicher fühlen, ist angesichts der sozialen Misere logisch. Wenn Frauen Angst vor Gewalt haben, ist das verständlich. Wenn sich Menschen, die keine leistbare Wohnung finden, von steigenden Flüchtlingszahlen bedroht fühlen, ist das aber nicht primär rassistisch. Doch die Angst wird rassistisch aufgeladen und instrumentalisiert durch die Politik der Regierungen und von rechten HetzerInnen.

Das Ergebnis dieses staatlich geförderten Unsicherheitsgefühls sind u.a. „Bürgerwehren“. Private Securitys machen Riesengeschäfte, Kleinhäusler fühlen sich legitimiert, ihr „Eigentum mit Waffengewalt zu schützen“. Wie Werner L., rechtsextremer Betreiber eines Spielfelder Lokals, der Flüchtlinge mit der Schrotflinte bedrohte und AntirassistInnen mit Pfefferspray attackierte. Aber auch Nazis sehen Rückenwind für ihren Gewaltterror und decken sich mit Waffen ein. Die FPÖ installiert private Trupps im Burgenland und nennt das „Sicherheitspartner“. Das Innenministerium erfindet „SicherheitsbürgerInnen“. Waffenverkäufe schnellen

in die Höhe und „Bürgerwehren“ formieren sich in sozialen Medien und werden auch real aktiv. Doch all das bringt keine Sicherheit, sondern Unsicherheit, Gefahr und Bedrohung für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, Armutsbetroffene, MigrantInnen, Flüchtlinge und soziale Bewegungen. Die „Bürgerwehren“ sind selbsternannte Volksschützer, die aber weniger das Volk, als v.a. rassistische Hetzportale hinter sich haben und auch mal zu Nazi-Aufmärschen aufrufen. Dahinter stecken meist Rechtsextremisten, wie z.B. der einschlägig bekannte RFJ-ler Ralph Schäfer.

Der bürgerliche Staat ist generell in der Krise und privatisiert auch Sicherheitsaufgaben. Teilen der Herrschenden kommen die rechts aufgeladenen Bürgerwehren gelegen, weil sie auch verlässlich im Unterdrücken aufbegehrender ArbeiterInnen, Arbeitsloser und Armer sind.

Weder staatliche Aufrüstung noch private Bürgerwehren & Co. werden die Ursachen des wachsenden Unsicherheitsgefühls lösen. Denn die größten Unsicherheiten gehen von der Krise des Kapitalis-

mus aus – von steigender Arbeitslosigkeit, Betriebs-schließungen und Spekulation mit Wohnraum. Die Flüchtlingskrise gibt Reichen und Unternehmen die Möglichkeit, die durch ihren Reichtum und die Kürzungspolitik der Regierenden verursachte Misere den Flüchtenden in die Schuhe zu schieben und die Betroffenen mit Rassismus gegeneinander aufzubringen. Rechtsextreme aller Art können das aufgreifen und agieren damit genau im Sinne der Herrschenden. Kapital und Kleinbürgertum bekommen, unterstützt durch frustrierte, verarmte, jeglichen Haltes beraubte Schichten, Rückenwind für ihre Scheinlösungen. Dass sich Angst und Wut nach rechts kanalisieren funktioniert aber nur, weil keine organisierte ArbeiterInnenbewegung vorhanden ist, die echte Lösungen der Probleme anbietet und erkämpft.

Wo die wirtschaftliche Krise zugunsten der Reichen auf dem Rücken der Arbeitenden, Arbeitslosen und Armen zu lösen versucht wird, ist die Sicherheit gefährdet. Sicherheit kann es nur geben, wenn der unverschämte Reichtum der

Wenigen dafür verwendet wird, die massiven sozialen Probleme für alle zu lösen. Doch das wird die etablierte Politik nicht tun, da sie im Interesse von Unternehmen agiert. Sicherheit, also sichere Jobs für alle, ordentliche Bezahlung, Kranken- und Pensionsversicherung, leistbares Wohnen etc., muss durch kämpferische Gewerkschaften und eine sozialistische ArbeiterInnenpartei erkämpft werden. Regierung, Unternehmen und ihre „bewaffneten Formationen“ (Polizei, Heer, aber auch „Bürgerwehren“) aber haben die Aufgabe, den Reichtum der Wenigen zu schützen und gegen soziale Bewegungen zu verteidigen – auch mit Gewalt. Der österreichische Staat z.B. schützt brutal und mit hohen Kosten die Treffen von Ultrarechten und räumt besetzte Häuser mit massivem Polizeieinsatz. Gleichzeitig wird im Sozial- und Gesundheitsbereich gekürzt. Während rechtsextreme Gewalttaten zunehmen und „Bürgerwehren“ ihr Unwesen treiben, werden Polizei und Militär an die Grenze verlagert. Nötig sind deshalb gemeinsame Selbstverteidigungsgruppen von MigrantInnen, Flüchtlin-

gen, „ÖsterreicherInnen“, die Flüchtlingsunterkünfte vor rassistischer Gewalt schützen, Frauenkomitees, die sich gegen sexualisierte Gewalt organisieren, Nachbarschaftsgruppen zum Schutz gegen Rechtsextreme und Komitees von BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen und ArbeitnehmerInnen, die Arbeitskämpfe verteidigen. Die KämpferInnen des Schutzbundes und im Spanischen Bürgerkrieg sind ein historisches Beispiel für Selbstverteidigung mit politischem Programm, die von den Betroffenen selbst gestellt wird. Ein aktuelles Beispiel im Kleinen sind die von der SLP-Schwesterorganisation Xekinima in Griechenland initiierten antifaschistischen Komitees zur Verteidigung gegen die Nazis der Goldenen Morgenröte. Wesentlich ist demokratische Struktur, Verbindung von Selbstverteidigung und politischem Kampf und ein politisches Programm, das auf der Seite der ArbeiterInnenklasse ist und nicht wie die rechten Bürgerwehr-Trupps auf der Seite der Herrschenden. Also ein sozialistisches, antirassistisches und antisexistisches Programm.

Helga Schröder

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Sexistische Werbung oder Lohnungleichheit sind nur zwei Beispiele dafür, dass Frauenunterdrückung noch immer ein alltägliches Problem ist. Durch die Übergriffe in Köln ist das Thema in aller Munde. Es zeigt sich, dass alle Behauptun-

In einem geschichtlichen Abriss über Frauenunterdrückung wird dargelegt, dass diese nicht immer existiert hat oder gar natürlich ist, „sondern dass die Unterdrückung vor etwa 10.000 Jahren entstanden ist, als sich Ge-

verse Lösungsansätze vor und zieht Schlussfolgerungen aus ihrer Analyse. Am Beispiel der Russischen Revolution wird dargelegt, dass nur im Sozialismus eine wirkliche Frauenbefreiung möglich ist. Der Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen muss mit sozialen Bewegungen und dem Kampf gegen den Kapitalismus an sich verbunden werden. „Wenn sich Frauen aus der arbeitenden Bevölkerung nicht aktiv am Kampf für eine umfassende Veränderung der Gesellschaft beteiligen, ist es unter den heutigen sozialen Umständen unmöglich, Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden.“

Christine Thomas
"Es muss nicht bleiben,
wie es ist"
SAV, Berlin 2012

„Es muss nicht bleiben,
wie es ist“ zeigt die Ursachen
von Frauenunterdrückung
im Kapitalismus auf.

gen darüber, dass Frauen heute gleichberechtigt wären, nicht stimmen. Christine Thomas geht in ihrem Buch „Es muss nicht bleiben wie es ist – Frauen und der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft“ auf die Ursachen, Hintergründe und Mechanismen von Frauenunterdrückung ein.

sellschaften entwickelten, die auf Privateigentum basierten und in Klassen geteilt waren.“ Auch wird die Situation von Frauen in der heutigen Zeit des Kapitalismus analysiert.

Doch die Autorin bleibt nicht in der Geschichte stehen, sondern stellt di-

Das kleine Demo 1x1

Rechte Gewalt nimmt zu. Nazis&Co drängen auf die Straße, weil sie hoffen, sich an die Hetze gegen Flüchtlinge anhängen zu können. Bei vielen gewalttätigen Übergriffen auf Linke schaut die Polizei einfach zu. Oft genug ist sie auch die größte Gefahr für die Sicherheit einer Demo. Wenn Leute Angst haben müssen, an Demos teilzunehmen, haben Nazis & Polizei ihr Ziel erreicht. Höchste Zeit,

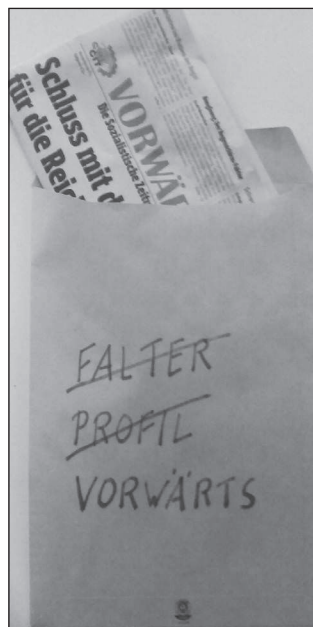
sich zur Sicherheit auf Demos Gedanken zu machen: Wichtig ist die Einbindung der Bevölkerung vor Ort und ein Demoschutz. Dieser ist keine Hilfs-Polizei, sondern erfahrene Leute, die schnell eine Verteidigung durch Menschenketten usw. organisieren. Nicht schwarze Gürtel aus dem Kampfsport sind gefragt, sondern ruhig bleiben und zusammenschließen. Dafür sollten die DemonstrantInnen

nüchtern reagieren und deshalb nüchtern sein – für SLPerInnen sind Alkohol oder andere Drogen ein No-Go auf Demos. Der beste Schutz ist es, viele und Teil der lokalen Bevölkerung zu sein. Darum mobilisieren wir schon vorab vor Ort und zeigen, dass wir „Leute wie du und ich“ sind. Statt uns zu verumummen, stehen wir daher auch mit unseren Gesichtern für unsere Ideen ein!

Genug von pseudo-fortschrittlichem Journalismus?

Ihr Fähnchen nach dem Wind haben längst auch schon Falter, profil & Co. gerichtet. Früher galten sie als fortschrittliche Medien, heute kommt es zu Pauschalverurteilungen von Moslems, zu Kriminalisierungsversuchen von AntifaschistInnen und dem Aufwärmen von Uralttem. Kein Wunder, sind es doch beide Zeitungen, die vor allem eines tun sollen: Gewinn machen.

VORWÄRTS ist eine politische Zeitung, das Medium, das Teil von Protesten und Bewegungen ist. Gewinn wirft Vorwärts keinen ab. Dafür politischen Mehrwert. Vergeude also dein Geld nicht für ein teures Abo der subventionierten und inseratenfinanzierten Mainstream-Medien. Sondern abonniere VORWÄRTS – die am längsten durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 17⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
in der 'Pizzeria David'
Alberstraße 13

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15., Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria Delfino'
20., Engerthstraße 92
(Nähe U6 Handelskai)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20., Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at



Andere über uns



SLP-Aktivistin und Musikerin Laura Rafetseder schaffte es beim diesjährigen FM4-Protestsongcontest unter die Top 10 – Die Jury verglich ihren Song „Beating Hearts“ sogar mit den ArbeiterInnenlieder-Größen Woody Guthrie und Pete Seeger. „Beating Hearts“ handelt von der Notwendigkeit der Solidarität in Zeiten von Rassismus und Kürzungswahn: „Wir sind eigentlich viel stärker, als wir denken“, meint Laura.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen
aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: Alles inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW



SchülerInnen in Linz für echte Schulreform

Mehr auf Seite 5

Sei aktiv gegen die rechte Gefahr!

*Die rechte Gewalt nimmt zu:
Nicht fürchten, sondern Widerstand organisieren!*

Die Rechten sind am Vormarsch. Die FPÖ ist auf Bundesebene schon seit vielen Monaten in Umfragen die mit Abstand stärkste Partei. Mit dem Erstarken der Blauen kommt auch die rechte Gewalt. Jetzt fühlen sich Neonazis und NeofaschistInnen sicher genug, um Jagd auf Linke und Flüchtlinge zu machen. Die Identitären, die sich in den letzten Jahren als friedliche Patrioten inszenierten, lassen die Masken fallen. Im Gleichschritt mit Neo-

nazis und bewaffnet mit Totschlägern gingen Identitären im Jänner in Graz auf AntifaschistInnen los.

Einschüchterung und Gewalt sind die Methoden der Rechten. Jetzt den Kopf in den Sand zu stecken, wäre falsch! Aus dieser Misere retten uns nicht der Staat, die Justiz und schon gar nicht die Polizei. Wenn auch du das kapitalistische System und den Alltagsrassismus zum Kotzen findest, dann wehr dich mit uns gemeinsam! Nicht

die türkische Familie nebenan ist schuld, dass Armut wächst. Ein syrischer Flüchtling nimmt uns nicht die Arbeit weg, das machen die Bosse. Die Rechten haben Rückenwind, solange es keine starke linke Antwort auf soziale Probleme gibt. Wir müssen uns gegen die rechte Gewalt schützen. Und wir müssen uns organisieren und gegen Sozialabbau, der die Basis für Rassismus bildet, kämpfen.

Simon P. Salzmann



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.